Wahlen 2015

Der SVP fehlt der zwingende Bundesratskandidat

In einem Monat entscheidet die Volkspartei, mit wem sie einen zweiten Sitz im Bundesrat erringen will. Das Rennen ist völlig offen.

Christian Brönnimann
Bern

Hannes Germann
Schaffhausen

Heinz Brand
Graubünden

Heinz Tännler
Zug

Gregor Rutz
Zürich

Nach ihrem Wahlsieg steigen für die SVP die Chancen auf einen zweiten Bundesratssitz. Seit über einem Jahr prüft eine interne Findungskommission geeignete Kandidaturen. Dennoch gibt es keinen klaren Favoriten. Gemäss dem Leiter der Kommission, dem Aargauer Alt-Regierungsrat Ernst Hasler, haben die Kantonalparteien bislang rund zehn Anwärter gemeldet. Bis zum 13. November haben sie nun Zeit, die definitiven Nominationen einzureichen. Eine Woche später soll dann die Fraktion einen oder zwei Kandidaten küren.

Die besten Chancen scheint derzeit der Bündner Nationalrat und Asylexperte **Heinz Brand** zu haben. Der ehemalige Chef des Bündner Migrationsamts vertritt im SVP-Kernthema inhaltlich die strenge Parteilinie, ohne aber im Auftritt zu stark zu polarisieren. Das macht Brand bei Mittepolitikern grundsätzlich wählbar. Unklar ist aber, ob die Parteileitung tatsächlich voll hinter Brand steht. Immerhin stoppte sie letztes Jahr seine Pläne für eine Asyl-Volksinitiative, was Brand öffentlich kritisierte. Zudem goutieren nicht alle Parteikollegen Brands Vergangenheit als Beamter.

Im Rennen ist auch der Zuger Baudirektor **Heinz Tännler**. Er gehörte schon vor vier Jahren zu den Favoriten. Jedoch gab die Fraktion damals Bruno Zuppiger und nach Auffliegen von dessen Veruntreuungsaffäre dem Thurgauer Nationalrat Hansjörg Walther den Vorzug. Nachteilig auswirken könnte sich für Tännler, dass er im Bundeshaus kaum vernetzt ist. Zudem ist seine frühere Tätigkeit als Fifa-Chefjurist eine Hypothek.

Parteiintern als valabler Kandidat gilt der Aargauer Nationalrat **Hansjörg Knecht**. In seiner ersten Legislatur ist der Grossmühlenbesitzer allerdings kaum in Erscheinung getreten. Dasselbe gilt für den Baselbieter Nationalrat **Thomas de Courten**, der ebenfalls Ambitionen hegt. Bestens bekannt ist hingegen der langjährige Schaffhauser Ständerat **Hannes Germann**. Er würde wohl auch von Links- und Mittepolitikern gewählt. Jedoch ist er kein Wunschkandidat der SVP-Oberen, weil er in Europa- und Asylfragen nicht auf Parteilinie politisiert. Ebenfalls auf dem Kandidatenkarussell sitzt der Berner Nationalrat **Albert Rösti**, der sich jüngst als erfolgreicher Wahlkampfleiter in Szene setzen konnte. Allerdings ist fraglich, ob das Parlament einen dritten Berner in die Landesregierung wählen würde.

Oder doch ein Hardliner?

Sollte BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bekannt geben, nicht zur Widerwahl anzutreten, dürfte die Lust der SVP steigen, einen Hardliner ins Rennen zu schicken. Dann könnte der Zürcher Nationalrat und ehemalige Generalsekretär **Gregor Rutz** ins Spiel kommen. Oder gar der mit dem besten je erzielten Resultat in Zürich neu gewählte «Weltwoche»-Verleger **Roger Köppel**. Parteipräsident Toni Brunner und Fraktionschef Adrian Amstutz hingegen haben bereits klargemacht, dass sie sich eine Kandidatur nicht vorstellen können.

In der Romandie ist der Waadtländer Nationalrat **Guy Parmelin** im Gespräch, im Tessin Lega-Staatsrat **Norman Gobbi**. Eine Deutschschweizer Kandidatur gilt allerdings als wahrscheinlicher.

Klar ist bislang einzig, dass zwei oft als Wunschkandidaten Gehandelte trotz bester Wahlchancen nicht antreten wollen. Der Thurgauer Unternehmer **Peter Spuhler**, Inhaber und Chef der Stadler Rail, lässt ausrichten, er sei als Unternehmer nach wie vor sehr stark gefordert und müsste als Bundesrat sein Unternehmen verkaufen. «Dieser Preis ist mir zu hoch.» Und auch der Thurgauer Ständerat **Roland Eberle** winkt entschieden ab: Mit seinen 62 Jahren wolle er sich und seiner Familie ein Amt, das einen zu mehr als 100 Prozent einnehme, nicht zumuten.

«Die SVP müsste drei Sitze im Bundesrat haben»

Politologe Daniel Bochsler sagt, gemessen an den Wähleranteilen habe die SVP nun zwei Sitze zu wenig – und die FDP einen zu viel.

Mit Daniel Bochsler sprach Janine Hosp

Nach dem Wahlerfolg der SVP wird heftig darüber diskutiert, ob sie nicht wieder mit zwei Sitzen im Bundesrat vertreten sein müsste. Sie haben berechnet, wie viele Sitze ihr aufgrund ihres Wähleranteils zustünden. Was sagen Sie?
Die SVP müsste mindestens zwei Sitze haben, nach der sogenannten Hagenbach-Bischoff-Formel sogar drei. Diese Formel, die auch das Proporzwahlrecht für den Nationalrat vorsieht, begünstigt tendenziell die grossen Parteien; dies aus der Überlegung, dass die massgeblichen Kräfte in der Regierung eingebunden werden sollen und nicht solche, die im Parlament keine Hausmacht haben.

Welche Parteien müssten denn der SVP einen Sitz abtreten?
Nach der Hagenbach-Bischoff-Formel die BDP – und die FDP.

Obwohl die FDP zulegen konnte?
Man muss sich ziemlich verbiegen, um eine Formel zu finden, die den Anspruch der FDP auf zwei Sitze legitimiert; nur eines von sechs Szenarien spricht ihr zwei Sitze zu. Gleichgültig, welche Zeitung man heute aufschlägt, in allen fordern FDP und SVP, man müsse den Wählerwillen respektieren und den Bundesrat entsprechend zusammensetzen. Am lautesten tut dies die FDP. Wenn sie ihrer eigenen Forderung nachkäme, müsste sie aber als Erste vorangehen und der SVP ihren zweiten Sitz zur Verfügung stellen.

FDP-Präsident Philipp Müller setzt auch auf die klassische Zauberformel 2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP.
Die SVP ist so stark geworden, andere Parteien so schwach, dass wir weit von dieser Formel entfernt sind. Ich sehe zwei berechtigte Formeln: 3 SVP, 2 SP, 1 FDP, 1 CVP, wie sie sich nach Hagenbach-Bischoff ergibt. Oder: 2 SVP, 2 SP, 1 FDP, 1 CVP, 1 Grüne. Die Grünen profitierten in diesem Fall von einer simplen kaufmännischen Aufrundung. Alles andere sind improvisierte Berechnungen nach dem Motto: Ein bisschen berücksichtigen wir den Wähleranteil, aber nur so weit, wie es uns nützt.

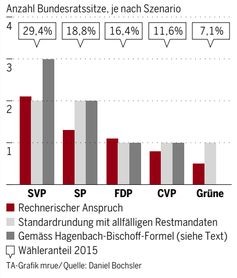
Hat sich die Zauberformel überholt?
Nur die Sitzansprüche der Parteien, die Zauberformel selber hat am Wahlsonntag neue Aktualität erhalten. Wir befinden uns heute in derselben Situation wie 1959, als sie erschaffen wurde. Damals erlangten SP und CVP zusammen mit Kleinparteien die Mehrheit in beiden Räten und wollten dieses Verhältnis auch im Bundesrat herstellen, der noch vom Freisinn dominiert wurde. Das gelang ihnen mit der Zauberformel. Auch heute muss man neu ausloten, welche Parteien die Parlamente kontrollieren und was dies für den Bundesrat bedeutet. Im Ständerat wird es wohl weiterhin die Mehrheitsbeschafferin CVP sein, im Nationalrat hingegen deren rechter Flügel zusammen mit der FDP.

Die Mitteparteien CVP, GLP und BDP wollen näher zusammenarbeiten – nicht zuletzt, um ihre zwei Bundesratssitze zu legitimieren. Sind sie noch stark genug?
Wenn man diese Schlaumeierei akzeptiert – ja. Legt man ihr die voraussichtliche Sitzzahl in National- und Ständerat zugrunde, könnten sie Hand auf zwei Sitze legen. Nur: Wenn andere Parteien auf ähnliche Ideen kämen, ergäbe sich daraus ein endloses Spiel. Die FDP zum Beispiel könnte sich in je zwei gleich grosse Fraktionen aufteilen und hätte dann, weil jede grösser wäre als jene der Grünen, Anspruch auf zwei Sitze.

Wären unsere Regierungen besser, wenn wir sie mit dem Taschenrechner bestellen würden?
Nein, nur in Ländern mit einer gespaltenen Gesellschaft, wie es sie oft in der Nachkriegszeit gab, macht dies Sinn. So können sie alle wichtigen Kräfte einbinden und verhindern, dass Lösungen sabotiert werden. In der Schweiz hat dies beim letzten Versuch nicht funktioniert; 2003 wählte die Bundesversammlung Christoph Blocher in den Bundesrat – wie es die SVP wollte. Man hoffte, deren Fundamentalopposition auf diese Weise zu brechen. Wie es ausging, ist bekannt.

In der Elefantenrunde formten die Parteipräsidenten ein Stellenprofil für die Bundesratskandidaten. Dabei fiel auffallend oft das Wort kollegial.
Ja, wichtiger als der exakte Proporz ist die Zusammenarbeit im Bundesrat – schliesslich müssen die Bundesräte kooperieren und sollen sich nicht gegenseitig ihre Geschäfte hintertreiben. Auch das gehört zum Gesamtpaket unserer Konkordanz. Die Wahl des Bundesrats ist eine politische Wahl; es wäre falsch, ihn arithmetisch zu besetzen.

Sitzansprüche gemäss Wähleranteil



TA-Grafik mrue/Quelle: Daniel Bochsler

Daniel Bochsler
Der Politologe ist Assistenzprofessor am Zentrum für Demokratie Aarau und an der Universität Zürich. Er forscht unter anderem zu Listenverbindungen.

Widmer-Schlu mpf soll die SVP ein paar Woch en zappeln lassen

Ein Rücktritt der Bundesrätin würde vieles entsp annen. Aber nicht, wenn er zu früh kommt. *Eine Analyse von Fabian Renz*

Hat die SVP «Anspruch» auf einen zweiten Bundesratssitz? Sie hat ihn natürlich nicht. Die gebieterische Vokabel, mit der die Claqueure des SVP-Wahlsiegs jetzt im Freudentaumel wieder um sich werfen, sollte aus dem Politsprech getilgt werden. Unsere Verfassung schreibt vor, dass im Bundesrat die «Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind». Ein irgendwie gearteter Anspruch für eine Partei oder Interessengruppe lässt sich hingegen nirgendwo herbeideuteln. Dass unser Parlament seit 1959 jeweils versucht hat, den Bundesrat alle vier Jahre nach dem Ebenbild der Bundesversammlung neu zu erschaffen – dazu war es nicht durch Ansprüche verpflichtet. Es hat damit vielmehr einem Gebot der politischen Klugheit gehorcht.

Klugheit sollten sich alle Beteiligten jetzt als Leitmaxime setzen, wenn es um eine erneute Kandidatur von BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf geht. Die Regierung so zu komponieren, dass sie in etwa die Mehrheitsverhältnisse im Parlament widerspiegelt, ist klug, weil es sich besser miteinander regiert als gegeneinander. Wechselseitige Obstruktion, wie man sie in den USA zwischen Präsident Obama und den zwei rechtsoppositionell dominierten Kongresskammern beobachten kann, liefert keine überzeugenden Ergebnisse. Sie macht in der Schweiz, wo das Volk via direkte Demokratie jederzeit die Oppositionsrolle übernehmen kann, sowieso keinen Sinn.

Unklug ist es, die gewünschte Repräsentativität mit der kümmerlichen Schablone einer «arithmetischen Konkordanz» zu designen. Wer die Verteilung der Bundesratssitze mit Prozenten und Sinuswurzeln regeln will, verstrickt sich in einen fruchtlosen Wettstreit um die plausibelste Lösung der Gleichung.

Das Volk will rechtere Politik

Klug ist es vielmehr, die Stimmungen zu berücksichtigen, die sich in einer Parlamentswahl niederschlagen. Das Schweizervolk will eine rechtere Politik, mutmasslich vor allem in Ausländerfragen. Man kann das bedauern, man kann die Konsequenzen für gefährlich halten – gefährlicher ist es langfristig, Politverdrossenheit zu fördern. Diese aber fördert, wer die SVP- und FDP-Siege vom Sonntag bei der Bundesratswahl am 9. Dezember einfach ignorieren will. Pegida-Bilder sind beelendend genug, wenn sie uns aus dem Osten Deutschlands erreichen.

Klug ist es aber auch – und damit wird die Sache kompliziert –, amtierende Bundesräte nur im Notfall abzuwählen. Nicht nur, weil Stabilität und Berechenbarkeit seit je bestimmende Faktoren politischer Swissness sind. Man soll mit dem Begriff «Zerreissprobe» vorsichtig umgehen – das Schauspiel einer Widmer-Schlumpf-Abwahl täte dem Land jedenfalls nicht gut.

Meist ist es zudem unklug, bewährte Persönlichkeiten durch Wundertüten zu ersetzen. Eveline Widmer-Schlumpf mag da und dort überhöht und verklärt worden sein. Doch sie gehörte im Bundesrat der letzten Jahre tendenziell zu den stärkeren Figuren. Sie hat während der grossen Bankenhavarie 2008 souverän agiert, und sie schuf die Mehrheiten, um den Schweizer Finanzplatz vor internationaler Ächtung zu bewahren. Man muss es in aller Deutlichkeit festhalten: Die Bündnerin – die bei der Wahl 2007 bereits eine lange Regierungskarriere vorweisen konnte – wäre für den 9. Dezember die überzeugendere Bewerbung als die meisten SVP-Papabili, deren Namen nun herumgeboten werden. Und der bei weitem bestqualifizierte SVP-Kandidat, Unternehmer Peter Spuhler, weist einen schwerwiegenden Makel auf: dass er eben nicht Kandidat sein will.

Die sicherste Prävention gegen eine Abwahl wäre der freiwillige Verzicht. Tritt Widmer-Schlumpf aber jetzt schon zur Seite, könnte es die SVP zu einem neuen Experiment à la Blocher verleiten. Ziehsohn Roger Köppel stünde wohl bereit, wenn «der Auftrag» ruft.

Widmer-Schlumpf ist daher nun die Akteurin, von der die meiste Klugheit gefragt ist. Das heisst, sie liesse wohl am besten eine erneute Kandidatur vorerst offen. Dies zwänge die SVP zum sorgfältigen Aufbau einer qualifizierten Bewerbung. Mit einem Anwärter, von dem sich das Gros der Partei vertreten fühlt, der das Parlament aber mit Wille zum Konsens und mit bundesrätlichem Format überzeugen kann. Kommt eine solche SVP-Kandidatur, hätte es Widmer-Schlumpf in der Hand, die Lage rasch zu entkomplizieren. Ein Rücktritt nach acht Jahren – wie bei ihrem Vater, SVP-Bundesrat Leon Schlumpf – wäre ein Rücktritt in Ehren.

Köppel stünde wohl bereit, wenn «der Auftrag» ruft.

Ob die Bundesrätin, die SVP und ihre Gegner zu einer klugen Lösung bereit sind? Das Volk hätte darauf Anspruch. Hier passt der Begriff.

Eveline Widmer-Schlumpf mag da und dort überh öht und verklärt worden sein, aber im Bundesrat gehörte sie in den letzten Jahren zu den stärkeren Figuren. Foto: Melanie Duchene (EQ Images)

Gespräche über Allianz

Die Mitte sucht den Schulterschluss

Nach dem Sieg von SVP und FDP wollen die Mitteparteien zusammenrücken. Die BDP macht der CVP Avancen, obwohl sie 2014 eine Union ablehnte.

Markus Brotschi
Bern

Für BDP-Präsident Martin Landolt ist nach den Sitzgewinnen des rechten Lagers klar, dass die Mitte «gegen die Zersplitterung etwas unternehmen muss». Noch unklar ist hingegen, welche Form die Kooperation mit CVP und GLP annehmen soll. Zumindest für die BDP ist gar der Verzicht auf eine eigene Fraktion denkbar, obwohl sie im Oktober 2014 eine Union mit der CVP noch ablehnte. «Wir müssen alle Optionen in Erwägung ziehen», sagte Landolt gestern. Er gehe davon aus, dass auch bei den Grünliberalen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zugenommen habe. Die GLP verlor im Nationalrat 5 ihrer 12 Sitze. Die BDP büsste zwei von 9 Sitzen ein, hat aber gute Chancen, ihr Mandat im Ständerat zu halten. Ziel der Zusammenarbeit sei «ein besserer Auftritt der Mitte in der nächsten Legislatur», sagt Landolt.

Klar ist aber auch, dass mit einer Kooperation die Legitimation der Mitte für einen zweiten Bundesratssitz erhöht werden soll. Laut Landolt muss die BDP ihre Überlegungen dennoch unabhängig davon anstellen, ob sich Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf der Wiederwahl stellt. Dass sich die Finanzministerin bis zur Delegiertenversammlung der BDP vom 31. Oktober entscheidet, hält Landolt für möglich. Diese Bedenkzeit sei ein «opportuner Zeitraum».

Der Berner BDP-Nationalrat Hans Grunder hält die knapp zwei Wochen eher für zu kurz. Er gehe davon aus, dass Widmer-Schlumpf ihre Entscheidung über eine Kandidatur davon abhängig mache, ob eine Zusammenarbeit der Mitteparteien zustande komme. Aufgrund der Nationalratswahlen und der absehbaren Zusammensetzung des Ständerates sei eine Wahl von Widmer-Schlumpf «machbar». Grunder und Landolt sehen aufgrund der Sitzverteilung in National- und Ständerat zwei Bundesratssitze für die Mitte weiterhin als gerechtfertigt. Gleich äusserte sich erneut CVP-Präsident Christophe Darbellay.

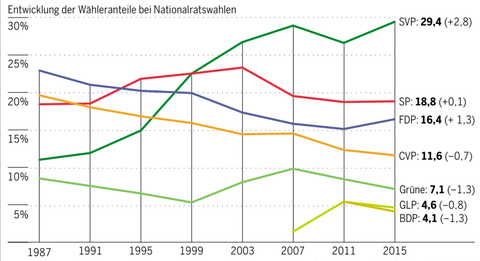
CVP und BDP haben alles Interesse, die GLP in eine Allianz einzubinden. Die Grünliberalen dürften an Gesprächen teilnehmen, halten aber an der eigenen Fraktion fest. «Die Wahrung unserer Unabhängigkeit ist wichtig», sagte Fraktionschefin Tiana Moser der Nachrichtenagentur SDA. Ein weiterer Grund könnte der Fraktionsbeitrag sein, der 144 500 Franken beträgt. Für eine Fraktion braucht es fünf Sitze in einem Rat.

Der Bündner Nationalrat Martin Candinas, Mitglied des CVP-Präsidiums, appelliert an BDP und GLP, mit der CVP «eng zusammenzuarbeiten, um die Mitte im Parlament zu stärken». Klar ist für Candinas, dass die CVP in einer solchen Allianz die Führung hat. In der CVP gibt es aber auch Widerstände gegen einen Zusammenschluss mit der BDP. Der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister hält die Avancen der BDP für «unglaubwürdig». «Ich sehe nicht, was sich für die BDP in einem Jahr verändert hat, ausser dass nun ihr Bundesratssitz wackelt.» Pfister hat sich bereits vor den Wahlen dafür ausgesprochen, dass die SVP den Sitz von Widmer-Schlumpf erhält. Zu ihm haben sich gestern weitere CVP-Nationalräte gesellt. Der St. Galler Jakob Büchler sowie die beiden Tessiner Fabio Regazzi und Marco Romano wollen laut «Blick online» Widmer-Schlumpf nicht mehr wählen. Bereits früher hat sich CVP-Fraktionschef Filippo Lombardi gegen Widmer-Schlumpf ausgesprochen.

Bundesrat
Wahl am 9. Dezember

Zu Beginn der Legislatur bestellt das Parlament den Bundesrat. Die Wahl findet am 9. Dezember statt, und die vereinigte Bundesversammlung wählt dabei die Bundesräte für die Amtszeit von 2016 bis 2019, ebenso besetzt sie allfällige Vakanzen in der Regierung. Die Bundesräte treten wie immer in der Reihenfolge der Anciennität zur Wahl an, das heisst: Der oder die Amtsälteste kommt zuerst. Dies ist Doris Leuthard, gefolgt von Eveline Widmer-Schlumpf, Ueli Maurer, Didier Burkhalter, Simonetta Sommaruga, Johann Schneider-Ammann und Alain Berset. Am selben Tag wird auch der neue Bundeskanzler oder die neue Bundeskanzlerin gewählt. *(TA)*

Gesamtschweizerische Parteienstärken



TA-Grafik mrue/Quelle: Bundesamt für Statistik

Der neue, alte Bürgerblock

Das neue Parlament ist rechter als angenommen. Eine entscheidende Rolle wird die CVP spielen.

Alan Cassidy und Philipp Loser

Es schien nicht wirklich der Tag von Philipp Müller zu sein. Dabei hatte doch er gewonnen, endlich gewonnen! Aber der FDP-Präsident klang am Wahlsonntag nicht wie ein Sieger. Sprach einen halben Satz nach der Erwähnung seines Autounfalls davon, wie er «Vollgas» geben werde im zweiten Wahlgang der Aargauer Ständeratswahlen, wirkte in den Interviews nicht gelöst, sondern geschafft. Den seltsamsten Auftritt hatte er in den Elefantenrunden des Schweizer Fernsehens. SVP-Präsident Toni Brunner, Wahlsieger auch er, musste gar nichts sagen, das übernahm Müller. «Die grösste politische Kraft muss man einfach einbinden. Sonst haben wir die Opposition!», rief Müller und verteidigte während des Gesprächs so vehement die SVP-Position, dass sich Toni Brunner entspannt lächelnd zurücklehnen konnte.

Brunner und Müller stehen für die neuen Kräfteverhältnisse in der Schweiz. Für das bürgerlichste Parlament, das die Schweiz seit langem hat. Noch rechter als 2007, als die SVP die Wahlen ebenfalls gewann. Brunner und Müller stehen auch für die «Rückkehr des Bürgerblocks», den die Kommentatoren von NZZ, «Blick» und «Basler Zeitung» am Montag in seltener Einmütigkeit verkündeten (und feierten). Haben sie recht? Erleben wir eine Rückkehr der «guten alten Schweiz»? Eine Rückkehr zu «Selbstverantwortung» und «Eigeninitiative»?

Auf den ersten Blick sieht es ganz danach aus. Bei den Bürgerlichen finden sich im neuen Parlament beispielsweise mehr Unternehmer als zuvor. Magdalena Martullo-Blocher (SVP, GR), Chefin der Ems-Gruppe, ist dabei das prominenteste, aber nicht das einzige Beispiel. Mit dem Digitec-Gründer Marcel Dobler (FDP, SG) und Franz Grüter (SVP, LU), Chef des Providers Green.ch, ziehen zwei IT-Unternehmer ins Parlament ein. Neu dabei sind auch mehrere Gewerbevertreter wie Thomas Burgherr (SVP, AG, Holzbau) oder Sandra Sollberger (SVP, BL, Malerbetrieb).

Linker CVP-Flügel geschwächt

Diese Unternehmer sind nur ein kleiner Teil des neuen Bürgerblocks – der nicht nur aus SVP und FDP und dem Beifang an Kleinparteien besteht, die neu auf 101 von 200 Stimmen im Nationalrat kommen. Wer in diesen Tagen von der neuen rechten Mehrheit im Nationalrat spricht, erwähnt meist mit keinem Wort die CVP, einst eine tragende Stütze des alten Bürgerblocks. Man übergeht sie zu Unrecht. Noch immer stimmt die CVP in vielen Fragen öfter mit den anderen grossen bürgerlichen Parteien als mit links. Die neuen Machtverhältnisse im Parlament sind noch klarer, als es in den ersten Reaktionen nach dem Wahlabend zum Ausdruck kam.

Das hat auch mit der künftigen CVP-Vertretung in Bern zu tun. Nach den Wahlen 1999 freute sich der damalige FDP-Präsident Franz Steinegger darüber, dass sich aus seiner Fraktion einige «Fragezeichen nach links» verabschiedet hätten. Das Gleiche liesse sich auch über die CVP im Herbst 2015 sagen: Mit der St. Galler Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz ist eine langjährige Wortführerin des linken Parteiflügels gar nicht mehr angetreten. Ihr Nachfolger Thomas Ammann dürfte in vielen Fragen deutlich bürgerlicher stimmen.

Für den Waadtländer Jacques Neirynck, einen weiteren Exponenten des linken CVP-Flügels, kommt neu der ehemalige Post-Chef Claude Béglé nach Bern. Auch er steht tendenziell rechts von seinem Vorgänger. Und selbst in Luzern, wo die Partei mit Ruedi Lustenberger einen Gewerbevertreter verlor, rutscht mit Andrea Gmür eine Politikerin nach, deren bisheriges Profil sie als klare Mitte-rechts-Politikerin ausweist.

Noch immer hat die CVP einen Wirtschaftsflügel, den KMU-Club, dem je nach Geschäft bis zu zehn Nationalräte zuzurechnen sind. Es ist diese Gruppe, die in den nächsten Jahren an Einfluss gewinnen könnte. In der letzten Legislatur seien es die Grünliberalen gewesen, die in wirtschaftspolitischen Fragen oft Mehrheitsmacher waren, sagt der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister. Nachdem die GLP-Vertretung fast halbiert wurde, sehe die Lage anders aus: «Mit der neuen Konstellation im Nationalrat wird nun der rechte Flügel der CVP wieder wichtiger.»

Druck auf FDP-Abweichler steigt

Es mag paradox scheinen, doch die Lage der CVP im Parlament könnte in den nächsten Jahren komfortabler sein als jene der Wahlsiegerin FDP. Vielleicht die SVP haben die CVP als zuverlässige bürgerliche Partnerin längst abgeschrieben. Als Anführerin des neuen Bürgerblocks wird die SVP von den Freisinnigen dagegen erwarten, dass diese nun im Parlament erst recht mit ihr stimmen. Was passiert, wenn die FDP es nicht tut, wenn sie nicht «auf Linie ist», wie es Christoph Blocher nennt, ist absehbar: Die SVP wird sie für fehlende Mehrheiten verantwortlich machen.

In dieser Situation wird der Druck auf Abweichler innerhalb der FDP steigen und die Partei vor ein altes Problem stellen: Flügelkämpfe. Die grösste politische Leistung der abgetretenen Urner Nationalräti Gabi Huber als Fraktionschefin bestand darin, die Partei auf Linie gebracht zu haben. Unter ihrem strengem Regime rückte sie zusammen. Vorbei die Zeiten, als sich progressive Freisinnige epische Streitereien mit rechten Freisinnigen lieferten. Der Nachfolger Hubers als Fraktionspräsident wird darum eine grosse Rolle in der künftigen Positionierung der Partei spielen. Wird es ihm oder ihr gelingen, die Partei auf Kurs zu halten? Das wird darüber entscheiden, ob Parteipräsident Philipp Müller seinen Wahlsieg vom Sonntag irgendwann tatsächlich geniessen können wird.